

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden.  
Verleger: C. G. Neumann, Neudammstr. 25/26.  
Für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 8. bis 14. September M. 1800 000. Einzelnummer M. 300 000.  
Anzeigen-Preise. Die 1 spaltige Zeile mit breiter Letze M. 400 000, außerhalb des M. 400 000.  
Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Rabatt M. 125 000, außerhalb M. 100 000.  
Berichtsaufträge laut Tarif. Unausführliche Beiträge gegen Bezahlung.

Schriftleitung und Hauptredaktion:  
Hauptredaktion: C. G. Neumann, Neudammstr. 25/26.  
Druck u. Verlag von Neumann & Neumann in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht angenommen.

**Tschechoslowakischer Bankverein A.G.**  
Aktienkapital und Reserven rund M. 1 000 000 000,—  
Berlin Dresden-A., Schreibergasse 21 Hamburg  
Fernruf: 10715, 14294, 14320, 15157, 21117, 22547  
Postfach-Konto: Dresden Nr. 12388 — Druckschrift: Cechobanky  
Ausführung aller bank- u. börsenmäßigen Geschäfte

**Koffer**  
Entferlein  
Waisenhausstr. 23

**Drucksachen für Handel und Gewerbe**  
Schnelle Lieferung = Beste Ausführung  
**Buchdruckerei Lipsch & Reichardt**  
Fernsprechnummer 25241 — Marienstr. Nr. 35/40

## Der Eindruck des deutschen Angebots in Paris.

Winkelzüge und versteckte Ablehnung der Pariser Presse. — Die Gefahr eines italienisch-jugoslawischen Krieges. — Militärisch in Barcelona. — Reichsratsberatungen über das Erwerbslosenproblem. — Feuerunruhen in Beuthen. — Wachsende Streikneigung unter den Bankangestellten im Reich.

### Die französische Presse über Stresemanns Rede.

Paris, 13. Sept. Die gestrige Rede des Reichskanzlers Stresemann wird in den großen Blättern entweder gar nicht oder sehr knapp besprochen.

Der „Matin“ schreibt, soweit man aus den vorliegenden Meldungen beurteilen könne, wie Reichskanzler Stresemann einen Schritt vorwärts, ohne sich von einer irrtümlichen Auffassung freizumachen. Er diene reale Garantien in Form von Hypotheken auf die Privatwirtschaft an, die nicht allein von deutschen, sondern auch von alliierten Fideikommissarien verwaltet werden sollten. Der Vertrag solle der Reparationsfrage zusetzen. Andererseits scheine jedoch Reichskanzler Dr. Stresemann der Meinung zu sein, daß die Finanzmaßnahme im Prinzip genüge, um die Räumung des Ruhrgebietes zu rechtfertigen. Die französische Regierung beharre fest in ihrer unanfechtbaren Stellung. Sie könne selbstverständlich das Kontrollregime im Ruhrgebiet abändern, wenn Deutschland es sich zur Pflicht mache, zu zahlen. Räumung werde Frankreich das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der Zahlung.

Das „Ceuvre“ erklärt unter Hinweis auf die Ungültigkeit eines Urteils, dem nur das gehen abend spät eingegangene Meinungs der Rede zugrunde liegt, die einzige bestimmte Angabe des Reichskanzlers Stresemann bestehe darin, daß die leitenden Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftskreis ihm ihre Mitarbeit zugesagt haben, und daß die von Frankreich aufgestellte Forderung auf diese Weise befriedigt werden könne. Die immer wieder grundlegende Tatsache sei auf jeden Fall, daß Deutschland künftig, anstatt sich auf Proteste zu verlassen, die Durchführung des einzigen wesentlichen Programms wieder aufnehmen: die Reparationsfrage.

„Figaro“ schreibt: Reichskanzler Stresemann hat wahrscheinlich an Bezahlen der deutschen Schuld nicht mehr Geschmack, als Reichskanzler Cuno. Die Lage hat sich nicht geändert. Das Verfahren Stresemanns besteht darin, das Programm umzudeuten und den Alliierten zu erklären: Wir gehen noch über den Versailler Vertrag hinaus. Wir bieten Euch nicht nur eine Garantie auf Grundlage der Staatswirtschaft, sondern auch Hypotheken auf die deutsche Privatwirtschaft, die damit einverständlich ist. Das Pfand ist gut, um dadurch zur Bezahlung zu gelangen, und es gestattet Frankreich, sich sofort zu befriedigen. Gemäß der Vorsicht ist verstanden. Aber Stresemann fügt hinzu: Das ist nur möglich unter der Bedingung, daß man uns zunächst das Ruhrgebiet und die Rheinlande wiedergibt. Das ist der ewige Kern des deutschen Reichskanzlers. Für jedes Zugeständnis, das Deutschland macht, verlangt es eine entsprechende Konzeption. Poincaré sagt: Bezahlt und wir räumen das Ruhrgebiet. Stresemann sagt: Räumt das Ruhrgebiet, damit wir bezahlen können.

„Gaulois“ schreibt: Es ist möglich, daß das der Rede des Reichskanzlers zugrundeliegende Finanzprogramm von Interesse ist. Wenn wir in dieser Beziehung ein wohlüberlegtes Urteil abgeben sollen, so brauchen wir bestimmtere Angaben, deren Rechen wir in der Rede des Reichskanzlers festgestellt haben. Wir müssen zunächst wissen, mit welchem Recht der Staat in der Lage ist, sich für die Mitwirkung der Privatwirtschaft zu verbürgen. Was der Reichskanzler in dieser Beziehung anspricht, ist bis jetzt lediglich Behauptung. Wir müssen klar über den Prospekt sein, den das Reich und von den Zinsen der Hypotheken abzutreten bereit wäre. Der

Reichskanzler sagt darüber nichts. Schließlich müssen wir Aufklärung über die Zusammenlegung des fideikommissarischen Ausschusses erhalten. Dieser würde für uns nur insoweit von Interesse sein, als er uns die unbedingte Kontrolle der Hypotheken und die Zahlung der Zinsen gewährleistet. Was versteht schließlich Stresemann unter der Aufsichtnahme des Ruhrgebietes zu räumen, was er von uns verlangt? Wenn es sich darum handelt, das besetzte Gebiet nach Maßgabe der Zahlungen zu räumen, so ist alles in Ordnung. Diese verschiedenen Punkte sind leider bis jetzt nicht genügend geklärt, um uns mit Deutschland auf wirklich nutzbringende Verhandlungen einlassen zu können. Es kommt also zunächst darauf an, noch bestehende Zweifel zu zerstreuen. Und wir wollen annehmen, daß das Angebot Stresemanns nur ein Ziel auf dem Wege zu einer Lösung bedeutet, die endgültig ist und zu verwirklichen einzig und allein von dem deutschen Reichskanzler abhängt.

### Englische Stimmen.

London, 13. Sept. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, nicht zu verstehen sei die Pariser Meldung, nach der die britische Regierung in Berlin angetreten habe, Unterhandlungen mit Frankreich anzuknüpfen. Baldwin und Curzon hätten immer wieder betont, daß die britische Regierung die gemeinsame Reparationsfrage als ein Problem ansehe, das von allen Alliierten mit der Berliner Regierung geregelt werden müsse, nicht nur von einem oder zwei von ihnen. Der Berichterstatter hebt hervor, daß Poincaré auf der Einstellung des passiven Widerstandes und Aufrechterhaltung direkter militärischer und wirtschaftlicher Kontakte über die Ruhr- und Rheinländer bestche, während Dr. Stresemann kaum weniger hartnäckig sei in seiner Weigerung, den passiven Widerstand einzustellen, es sei denn gegen eine baldige Räumung des Ruhrgebietes. Es könne sein, daß die französischen Industriellen verstanden würden, einen Druck auf Poincaré auszuüben, seine Ansichten zu ihren Gunsten zu ändern. — Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, in London sei man keineswegs überreist gewesen, als eine Etodung der angeblichen französisch-deutschen Verhandlungen gemeldet wurde. Es sei sehr klar, daß Poincaré zu allererst die völlige Übergabe Deutschlands fordere. Deutschland werde jedoch nicht die Hände hoch. — Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, wenn Deutschland sich bedingungslos ergebe, so würde die Regierung Stresemann innerhalb weniger Tage gekürzt werden. Es sei zweifelhaft, ob irgendein anderer Kanzler, der Stresemann nachfolge, unter diesen Umständen länger als einige Wochen im Amt bleiben könne. — „Daily Herald“ glaubt, daß Poincaré verfuhe, in Deutschland eine Revolution hervorzurufen in der Hoffnung, daß dann eine durch den Dunst eingekleidete kommunistische Regierung nachgiebiger sein werde. (W. T. B.)

### Die Wiederlieferung von Reparationskohle als symbolische Handlung.

Brüssel, 13. Sept. Wie hier verlautet, hat die belgische Regierung angetren, die Wiederannahme der Lieferungen von Reparationskohle als gleichbedeutend mit der Einstellung des passiven Widerstandes anzuerkennen, ohne daß ein offizieller Widerruf Berlins verlangt werden würde.

## Gefährliche Zuspitzung des Rumekonflikts.

### Militärische Vorbereitungen.

London, 13. Sept. In dem jugoslawischen Problem schreibt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“: In diplomatischen Kreisen habe gestern die Ansicht vorgeherrsch, daß die Lage in Südosteuropa von Stunde zu Stunde ernstlicher werde. — „Daily Express“ schreibt, das italienische Ultimatum an Jugoslawien in der Frage von Fiume laufe am nächsten Sonnabend ab. Es würden bereits aus dem nördlich von Fiume liegenden Ländern Truppenzusammenschickungen gemeldet. Wenn Italien seine Forderung nach unverzüglicher Regelung des Streites nicht abändere, so scheine ein Krieg unmittelbar bevorzuzutreten.

London, 13. Sept. In maßgebenden englischen Kreisen ist man außerordentlich beunruhigt über die Nachrichten von der italienisch-jugoslawischen Grenze. Beide Mächte sollen erhebliche Truppenmassen in Kriegsbereitschaft in nächster Nähe der Grenzen angelammelt haben. — Der Telegraphie für Afrika in Bülkerbunde telegraphierte nach London, daß, wenn der Konflikt in Fiume nicht in letzter Stunde vor den Völkern gebracht werde, bereits am 16. September kriegerische Verwicklungen auf dem Balkan eintreten würden, an denen Griechenland, Italien, Bulgarien, Ungarn und Jugoslawien unmittelbar beteiligt sein würden. Die militärischen Pläne der Balkanstaaten seien vollständig fertig, und die Ausführung dieser Pläne könnte nicht auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden.

Graz, 13. Sept. Die „Tagesspost“ meldet aus Belgrad: Wie die Blätter berichten, hat der Ministerpräsident Bastich das freundschaftliche Verhalten der französischen Regierung gegenüber Jugoslawien schätzte. Dieses Verhalten werde insbesondere in einer Konvention zum Ausdruck gebracht werden, die die beiden Staaten über finanzielle und politische Fragen abschließen werden. Die französische Regierung werde die Ausgabe einer Anleihe von 300 Millionen Frank für die Werbung und Reorganisation der jugoslawischen Armee beschleunigen. (W. T. B.)

### Die Abrüstungsverhandlungen im Völkerbunde.

Genf, 13. Sept. Der dritte Ansdich der Völkerbundversammlung (Abrüstung) hat nach längerer Debatte das Protokoll und den ersten Artikel des Vertragsentwurfes einer gegenseitigen Unterzeichnung genehmigt. Art. 1 lautet: Die vertragschließenden Parteien erklären jeden Angriffskrieg für ein internationales Verbrechen und verpflichten sich, kein solches Verbrechen zu begehen. (W. T. B.)

### Die Räumung der Meerengenzone durch die Alliierten.

Konstantinopel, 13. Sept. Die Alliierten haben am Montag den Türken die Stadt Tschana mit allen Befestigungen übergeben. (W. T. B.)

**Dollar (Amtlich): 92 450 000**  
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 92 450 000

### Was wird aus der Papiermark?

Die eben so kurzen wie problematischen Veröffentlichungen der Währungsbeschlüsse des Reichskabinetts haben nicht nur keine Klarheit über die Pläne der Regierung gebracht, sie haben vielmehr die Unsicherheit über das Schicksal der Papiermark derartig erhöht, daß mit den beispiellosen Kursprüngen des Dollars und mit der Unmöglichkeit, quantitativ die notwendigen Zahlungsmittel heranzustellen, das Ende der Papiermark eher einzutreten droht, als man überhaupt die Grundlagen der neuen Währung schaffen kann. Es nützt dabei auch nichts, wenn man nachträglich amtlich erklärt, daß die Papiermark auch nach der Schaffung der Goldnoten geschlossenen Zahlungsmittel bleiben, und daß die geplanten Maßnahmen geeignet sein werden, den Wert der Papiermark zu stützen. Damit löst man tausend Hund mehr hinterm Ofen vor, nach dem man gesehen hat, wie vollkommen wirkungslos die Stützungsversuche verpufft sind, die man in der vorigen Woche auf dem Devisenmarkt unternommen hatte. Sie boten den sich immer hemmungsloser ausstößenden Spekulationslustern Masche, die ja auch bereits in der gerade jenseit von den Börsenspekulanten mit Verachtung gekrausten Goldanleihe des Reiches ein Objekt für ungläubere Profitmachenschaften gefunden haben, nur neue Gewinnmöglichkeiten, konnten aber den rasenden Verfall der Papiermark nicht aufhalten. Das hätte nur geschehen können, wenn man sich klar zu einem der vertrauenswürdigsten Währungsreformpläne bekannt und damit eine Ankündigung verbunden hätte, daß das Papiergeld eines Tages in Goldnoten oder Goldanleihe umgetauscht wird. Man konnte das nicht tun, weil man sich anscheinend weder über den Weg zur Währungsreform noch über das künftige Verhältnis zwischen Papier- und Goldnoten im klaren ist, weil man die unvermeidlichen Konsequenzen einer neuen Währung für die Gestaltung des Reichsetats scheut und weil man vielleicht in unverständlichem Optimismus hofft, durch einen Erfolg der Verteidigungsversuche mit Frankreich die Aufgabe der Sanierung wesentlich zu vereinfachen. Aber inzwischen ist die Mark ihren Sturz in den Abgrund fort, und das Ende der Papiermarkrechnung, das dann eintritt, wenn der Randwert, wenn der Geschäftsmann sich weigert, gegen immer schwächer werdende Papiermarkwerte Waren abzugeben, rückt in immer bedrohlichere Nähe. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß wir diesem Zeitpunkt bedenklich nahe gekommen sind — schon jetzt werden Getreideabgaben mit Goldanleihe bezahlt — und unter Umständen wird die Reichsregierung sogar, um die Katastrophe zu vermeiden, gezwungen werden, neue Stützungsversuche zu unternehmen mit Devisen, die wir zum Aufbau der neuen Währung und der ohne besondere Aufwendungen mit ihr verbundenen Stützung der Papiermark bitter notwendig gebrauchen. Die Rede des Reichskanzlers läßt gerade hinsichtlich des letzten Punktes alle Befürchtungen offen.

Eine klare Beschlußfassung über die Währungsreform wird der Stützung der Papiermark besser dienen als vieldeutige Ankündigungen über ihr Fortbestehen als Zahlungsmittel. Was wir bis heute wissen, ist lediglich, daß die Reichsregierung entschlossen ist, eine Goldnotenbank zu gründen. Das bedeutet aber durchaus nicht, daß der gesunde und auf völlig privater Grundlage freiwilliger Devisenerfassung aufgebaute Plan der Industrie angenommen ist. Sicher ist allerdings nach der Kanzlerrede, daß der verfehlte Plan nicht mehr in Frage kommt, da die Hypotheken auf den Sachbesitz nicht als Grundlage der neuen Währung, sondern als Grundlage der Reparationszahlungen dienen sollen. Wenn aber die recht unklare Wendung von der organisier-

### Betrifft nur unsere Postbezieher!

Wir bringen unsere Bekanntmachung in Nr. 248 vom 8. September, in der wir die Notwendigkeit eines nachträglichen Erhöhungs des Postabonnements für die erste Hälfte des Monats September darzulegen, erneut in Erinnerung und bitten dringend, diese Nachzahlung in Höhe von 1 600 000 Mark nunmehr umgehend an unser Postfachkonto Dresden Nr. 1068 gelangen zu lassen.